



Mitteldeutsche
Baustoffe GmbH

 **ELBEKIES**
Mühlberg



Unternehmerverband Mineralische Baustoffe (UVMB) e.V.
Paradiesstraße 208 | 12526 Berlin

Bundesministerin für Wirtschaft und Energie
Frau Dipl.-Chem. Katherina Reiche

per E-Mail: katherina.reiche@bmwe.bund.de

Berlin, den 18. August 2026

Betreff: NatInfG gefährdet die Versorgung Deutschlands mit den Bau- und
Industrierohstoffen Sand, Kies, Quarzkörnungen und Naturstein

Sehr geehrte Frau Bundeswirtschaftsministerin, liebe Frau Reiche,

mit großer Sorge verfolgen wir die Planungen, das Gesetz zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (NatInfG) im Bundeskabinett zu beschließen.

Wir bitten Sie eindringlich, von einem Kabinettsbeschluss Abstand zu nehmen. Das NatInfG droht die ohnehin schwierige Gewinnung heimischer mineralischer Rohstoffe weiter zu erschweren und damit die Versorgungssicherheit Deutschlands mit den für Infrastruktur, Wohnungsbau, Energiewende und Verteidigungsfähigkeit unverzichtbaren Baustoffen zu gefährden.

Während die Bundesregierung Milliardeninvestitionen für Infrastruktur, Wohnungsbau und die Transformation der Wirtschaft bereitstellt, schafft das Gesetz gleichzeitig neue Flächenrestriktionen und zusätzliche Nutzungskonflikte für die Gewinnung genau jener Rohstoffe, die für die Umsetzung dieser politischen Ziele benötigt werden. Wir halten diesen Widerspruch für schwer nachvollziehbar.

Geschäftsstelle, Sitz und Rechnungsanschrift

Paradiesstraße 208, 12526 Berlin
Tel. 030 616957-32
berlin@uvmb.de | rechnung@uvmb.de
Amtsgericht Charlottenburg
Vereinsregister – VR 24515 B

Geschäftsstelle Leipzig

Wiesenring 11, 04159 Leipzig
Tel. 0341 520466-0
leipzig@uvmb.de
www.uvmb.de

Geschäftsführung

Dr.-Ing. Stefan Seyffert
Dipl.-Geol., Dipl.-Kfm. (FH) Bert Vulpus

Commerzbank

IBAN: DE79 1204 0000 0020 5419 00
BIC: COBADEFFXXX

Besonders irritierend ist, dass offenbar eine Bereichsausnahme für sogenannte kritische Rohstoffe vorgesehen werden soll, die in Deutschland kaum oder gar nicht gewonnen werden. Sand, Kies, Naturstein und Quarzkörnungen fallen dagegen nicht unter die Definition des Critical Raw Materials Act der Europäischen Union. Damit würden ausgerechnet jene heimischen Rohstoffe benachteiligt, die für die wirtschaftliche Resilienz, die Versorgungssicherheit und die industrielle Transformation Deutschlands unverzichtbar sind.

Auch der Verweis auf einen Bestandsschutz überzeugt in der Praxis nicht. Die rund 2.700 regional aktiven Gewinnungsbetriebe in Deutschland sind darauf angewiesen, bestehende Genehmigungen regelmäßig anzupassen, zu erweitern oder Anschlussgenehmigungen zu erhalten. Genau in diesen Fällen greifen die neuen Restriktionen. Die versprochene Planungssicherheit erweist sich daher für viele Unternehmen als reine Theorie.

Seit Jahren setzt sich die heimische Rohstoffindustrie dafür ein, dass die vorsorgende Sicherung, Gewinnung und Aufbereitung von Sand, Kies und Naturstein als überragendes öffentliches Interesse anerkannt wird. Hintergrund ist, dass Anschluss- und Erweiterungsgenehmigungen vielerorts bereits heute nur noch unter erheblichen Schwierigkeiten oder teilweise gar nicht mehr erteilt werden. Die langfristige Versorgung Deutschlands mit heimischen Rohstoffen gerät dadurch zunehmend unter Druck. Umso unverständlicher ist es, dass statt einer Verbesserung der Rahmenbedingungen immer neue gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die Genehmigungsverfahren weiter verkomplizieren, verlängern oder im Ergebnis sogar verhindern können. Das NatInfG steht exemplarisch für diese Entwicklung.

Kritisch sehen wir ferner die Überlegung, die durch das NatInfG entstehenden Verwerfungen später möglicherweise über eine Novellierung des Bundesberggesetzes zu korrigieren, indem dort das überragende öffentliche Interesse verankert würde. Dies würde allenfalls einem kleineren Teil der Rohstoffgewinnenden Unternehmen helfen. Die meisten Gewinnungsstätten in Deutschland werden nicht nach Bergrecht, sondern nach Wasserrecht, Immissionsschutzrecht oder Baurecht genehmigt. Die Belastungen des NatInfG würden daher gerade den überwiegenden Teil der heimischen Rohstoffversorgung weiterhin treffen. Dieser Ansatz löst das Problem nicht, sondern verlagert es lediglich und schafft innerhalb der Branche neue Ungleichbehandlungen. Wir sehen dies daher als Ablenkmanöver, mit dem das NatInfG auf den Weg gebracht werden soll.

Unverständlich erscheint uns zudem der Zeitpunkt des Vorhabens. Deutschland befindet sich weiterhin in einer wirtschaftlich schwierigen Lage. Unternehmen, Kammern und Verbände fordern seit Monaten schnellere Genehmigungen, weniger Bürokratie und bessere Investitionsbedingungen. Das NatInfG würde hingegen neue Hürden schaffen und die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich belasten.

Viele Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass die Bundesregierung Umwelt-, Wirtschafts- und Infrastrukturinteressen in einen ausgewogenen Ausgleich bringt. Das NatInfG droht jedoch erneut einseitig zusätzliche Schutzkulissen und Restriktionen zu schaffen, ohne die Auswirkungen auf die Rohstoffversorgung, die Bauwirtschaft und die industrielle Wertschöpfung ausreichend zu berücksichtigen.

Deutschland braucht Naturschutz. Deutschland braucht aber ebenso eine sichere Versorgung mit heimischen Rohstoffen. Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wer Infrastruktur bauen, Wohnungen schaffen, die Energiewende umsetzen, die Verteidigungsfähigkeit herstellen und den Industriestandort stärken will, muss auch die dafür benötigten Rohstoffe verfügbar machen.

Wir bitten Sie daher nachdrücklich, sich gegen einen Kabinettsbeschluss des NatInfG in seiner derzeitigen Fassung einzusetzen und den Gesetzentwurf grundlegend zu überarbeiten oder besser noch: in der Schublade liegen zu lassen.

Gerade in Zeiten wachsender wirtschaftlicher Unsicherheit und zunehmender Zweifel vieler Unternehmen am Wirtschaftsstandort Deutschland wäre ein weiteres Gesetz, das die Rohstoffgewinnung erschwert, ein falsches Signal. Wer Investitionen, Wachstum und industrielle Wertschöpfung stärken will, sollte keine zusätzlichen Hindernisse für die Bereitstellung der hierfür notwendigen heimischen Rohstoffe schaffen.

Für ein persönliches Gespräch stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen und herzlichem Glückauf

Boris Mocek
Mitteldeutsche
Baustoffe GmbH
Geschäftsführer

Rene Below
Elbekies GmbH
Geschäftsführer

Thorsten Tonndorf
MKW Mitteldeutsche
Hartstein- Kies- und
Mischwerke GmbH
Geschäftsführer

Jens Eckhoff
GKM Güstrower
Kies und Mörtel GmbH
Geschäftsführer

Bert Vulpius
Unternehmerverband
Mineralische Baustoffe
Geschäftsführer

Susanne Funk
Bundesverband
Mineralische Rohstoffe
Geschäftsführerin

Anlage: Natürliche Infrastruktur und Rohstoffgewinnungsstätten der östlichen Bundesländer, einschließlich Berlin

Natürliche Infrastruktur und Rohstoffgewinnungsstätten der ostdeutschen Bundesländer, einschließlich Berlin

